

VRB fordert mehr Anstrengungen zum Gesundheitsschutz und zur digitalen Ausstattung

Die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben bislang keinen spürbaren Rückgang der Infektionszahlen bewirkt. Die Corona-Infektionszahlen nehmen wieder leicht zu. Weitere Verschärfungen werden diskutiert und Lockerungen über die Feiertage wieder infrage gestellt. Die Diskussionen, inwieweit Schulen zur Eindämmung der Pandemie beitragen können, werden geführt und Empfehlungen hierzu ausgesprochen. Die Ministerpräsidenten und die Kultusministerkonferenz ignorieren die Empfehlungen bisher. Für sie heißt es dessen ungeachtet erneut: Der Präsenzunterricht ist weiter das erste Mittel der Wahl.

„Die verschärften Maßnahmen für den öffentlichen Raum stehen in einem eklatanten Widerspruch zu dem schlichten „Weiter so!“ für den schulischen Bereich“, kritisiert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der Verband Reale Bildung hatte zur grundsätzlichen Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern sowie deren Angehörigen ein Wechselmodell zwischen Präsenzunterricht und heimischen Lern- und Unterrichtsphasen gefordert. Dieses Modell war ursprünglich ab einem Inzidenzwert 50 vorgesehen. Als willkürlich empfinden viele Lehrkräfte, dass die Landesregierungen im Nachhinein die Voraussetzungen für das Umschalten in das Wechselmodell erschwert haben, indem der hierfür erforderliche Inzidenzwert auf 200 vervierfacht wurde.

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler: „Für den Gesundheitsschutz in den Schulen wurde bislang zu wenig getan. Mit Erklärungen zum richtigen Lüften und der Bereitstellung von Masken fraglicher Herkunft und Qualität kommt die Landesregierung ihrer Verpflichtung zur Fürsorge jedenfalls nicht nach.“

Auch in Sachen digitaler Ausstattung tut sich zu wenig. Die in Aussicht gestellten digitalen Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte sind immer noch nicht da. Die Mittel des Digitalpakts fließen aufgrund bürokratischer Hemmnisse nur spärlich. „Während Lehrkräfte und Schulleitungen große Anstrengungen unternehmen, um den schulischen Betrieb in Zeiten von Corona aufrecht zu erhalten, muss die Landesregierung in Sachen Fürsorge und technischer Ausstattung nachbessern“, mahnt Lichtenthäler. „Nach wie vor sind die diesbezüglichen Anstrengungen unzureichend“.

Der VRB fordert die Landesregierung auf, dass Kultusministerkonferenz und RKI ein Konzept erarbeiten, wie der Schulunterricht bei unterschiedlichen Inzidenzwerten zu organisieren ist. Die Glaubwürdigkeit, so Timo Lichtenthäler, leidet nicht nur bei den Lehrkräften, wenn Grenzwerte bei Inzidenzwerten für Schulen einseitig von den Landesregierungen abgeändert werden.

Der VRB fordert weiter vom Bildungsministerium, mit dem Institut für Lehrgesundheit einen verbindlichen Gesundheitsschutz zu organisieren.

Reale Bildung
verbindet!



Verband Reale Bildung

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Zum Hintergrund

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule, für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

VRB – Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Kommunikation Presse und Medien
Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5 · 55411 Bingen

Kontakt:
Tel.: 06721/994999
mobil: 0177-5541102
bernd.karst@vrb-rlp.de

www.vrb-rlp.de